

Landkreis Ravensburg

den 08. Dez. 2017

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages
am 17.10.2017 im Dorfgemeinschaftshaus Boms,
Saulgauerstr. 51, 88361 Boms

Dauer 14:30 Uhr bis 18:15 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Elmar Buemann,

Herr Rolf Engler,

Herr Josef Forderer,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Wilhelm Heine,

Herr Dr. Ulrich Höflacher,

Herr Karl Immler,

Herr Thomas Kellenberger,

Herr Wolfgang Kleiner,

Herr Dieter Krattenmacher,

«sitext» vom «sidat»

Herr Hans-Jörg Leonhardt,
Herr Clemens Moll,
Herr Peter Müller,
Herr Christian Natterer,
Herr Alois Peter,
Herr Dr. Daniel Rapp,
Herr Volker Restle,
Frau Dr. Silke Rieser,
Herr Robert Schweizer,
Herr Daniel Steiner,
Herr Robert Stütze,
Herr Roland Weinschenk,
Herr Waldemar Westermayer,
Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,
Herr Markus Ewald,
Herr Jochen Fischinger,
Herr Matthias Grad,
Herr Roland Haug,
Herr Hans Peter Künst,
Herr Michael Lang,
Herr Holger Lehr,
Herr Rainer Magenreuter,
Herr Dr. Hermann Schad,
Herr Roland Schmidinger,
Herr Peter Smigoc,
Herr Oliver Spieß,
Frau Christa Stierle,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,
Frau Judith Gebhardt,
Frau Ursula Hilpert,
Frau Liv Pfluger,
Herr Bruno Sing,
Herr Siegfried Spangenberg,
Herr Dr. Ulrich Walz,

Herr Roland Zintl,

SPD

Herr Rudolf Bindig,

Herr Gerhard Lang,

Frau Gisela Müller,

ÖDP

Herr Julian Aicher,

Herr Max Scharpf,

Herr Siegfried Scharpf,

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Selina Nußbaumer,

von der Verwaltung

Herr Joachim Simon,

Herr Franz Baur,

Frau Diana E. Raedler,

Herr Walter Sieger,

Herr Gerd Hägele,

Frau Eva Weeber,

Herr Dr. Maximilian Eiden,

Frau Sybille Schuh,

Herr Werner Nitz,

Herr Hubert Messmer,

Gäste

Herr Heinz Pumpmeier,

Herr Thomas Grünenwald,

Abwesend:

CDU

Herr Roland Bürkle,

Herr Rudolf Hämmerle,

Dezernent Allgemeine Verwaltung, Kultur u.
Bürgerservice

Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur
Dezernentin Arbeit u. Soziales

Dezernent Kreisentwicklung, Wirtschaft u.
ländlicher Raum

Dezernent Recht, Ordnung u. Landwirtschaft

Stabstelle des Landrats

Amtsleiter Kulturbetrieb

Amtsleiterin Finanzverwaltung

Amtsleiter Abfallwirtschaftsamt

Geschäftsführer Eigenbetrieb IKP

Kreissparkasse Ravensburg, zu TOP 17

Fa. Drees + Sommer, zu TOP 14

Herr Hans-Jörg Henle,
Herr Axel Müller, MdB,
Herr August Schuler, MdL,

FWV

Herr Bernhard Schultes,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,
Herr Gereon Güldenbergl,
Herr Heinz Strubel,

SPD

Herr Peter Clément,
Herr Anton Frei,
Herr Rainer Marquart,
Herr Jürgen Rölli,

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,
Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,
Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten des Kulturbetriebs

3. 0143/2017
Feststellung des Jahresabschlusses 2016 des Eigenbetriebs Kultur

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

4. 0137/2017
Jahresabschluss des Landkreises Ravensburg für das Haushaltsjahr 2016
5. 0114/2017
Änderung der Beteiligungsrichtlinie
6. 0106-1/2017
Fortschreibung Kreisstrategie 2018

Angelegenheiten des Abfallwirtschaftsamtes

7. 0064/2017
Fortschreibung Abfallwirtschaftskonzeption 2019
8. 0067/2017
Systembeschreibung "Duale Systeme" 2019-2021

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

9. 0027/2017
K 7905 / K7910, Bahnübergangsbeseitigung bei Herrot – Baubeschluss

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

10. 0119/2017
Verlängerung des Betriebsmittelkredits der Oberschwabenklinik gGmbH

11. 0140/2017
Oberschwabenklinik gGmbH - Übernahme einer Bürgschaft zur Insolvenzsicherung für Altersteilzeitguthaben

12. 0126/2017
Oberschwabenklinik gGmbH - Unterbringung der Verwaltung

13. 0123/2017
Westallgäu-Klinikum, Wangen - Einbau eines Magnetresonanztomographie (MRT) Gerätes

14. 0125/2017
St. Elisabethen-Klinikum, Ravensburg - Kostenbericht 2. Bauabschnitt

Angelegenheiten der Stabstelle Sozialplanung

15. 0150/2017
Konzeption zur Versorgung Drogenabhängiger (bisher Kontaktladen)

Mitgliedschaften in Ausschüssen und Gremien

16. 0157/2017
Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses - Bestellung von Frau Amelie Widenhorn als beratendes Mitglied zur Nachfolgerin von Frau Eder-Quintana und Bestellung von Herrn Philipp Groll als ihren Stellvertreter

Mitteilungsvorlagen

17. Geschäftsbericht der Kreissparkasse Ravensburg für 2016
Gast: Herr Heinz Pumpmeier, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Ravensburg

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

18. 0160/2017

Ausbringung von zerkleinertem Plastikmüll auf Feldern - Antrag der ÖDP-Fraktion vom 18.09.2017

19. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten der Ersten Landesbeamtin

20. 0154/2017

Gründung einer Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH;
Gast: Herr Verbandsdirektor Wilfried Franke, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

21. 0138/2017

Oberschwabenklinik gGmbH - Anpassung der Finanzierungsvereinbarung

22. 0127/2017

Hohenegg, ehem. Kreisjugendheim: Annahme eines Kaufangebots

23. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Kreistags wurden am 26.09.2017 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Er entschuldigt BM Peter Wetzel, der aus beruflichen Gründen verhindert ist und daher kein Grußwort halten kann.

Der Vorsitzende gratuliert KR Prof. Dr. Steidle, KR Schuler und KR Künst nachträglich zum runden Geburtstag

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung

Der Vorsitzende schlägt vor TOP 20 von der Tagesordnung abzusetzen, da im vorangegangenen Verwaltungsausschuss entschieden wurde, die Vorberatung zur Thematik „Gründung einer Planungsteam-Bodensee-Oberschwaben GmbH“ zu vertagen. Er gibt bekannt, dass im Rahmen einer zusätzlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses sowie im Kreistag Ende November darüber entschieden werden soll.

KR Bindig stimmt einer Vertagung zu. Eine außerordentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses im November hält er aber nicht für zielführend, da er als Hauptgrund für die Vertagung im Verwaltungsausschuss das Abwarten der Veröffentlichung der Umsetzungskonzeption des Bundesverkehrswegeplans durch das Land Baden-Württemberg sieht. Daher solle eine Entscheidung im Kreistag erst im Januar getroffen werden und die Thematik im Haushalt gegebenenfalls mit Sperrvermerk versehen werden. Er möchte getrennt über die Vertagung und eine Sondersitzung des Verwaltungsausschusses im November abstimmen.

Der Vorsitzende betont, dass mit der Gründung einer Planungsteam-Bodensee-Oberschwaben GmbH zeitnah und unabhängig von der Information des Landes Baden-Württemberg ein neues Instrument geschaffen werden solle, da der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Umsetzungskonzeption unberechenbar sei. Er weist darauf hin, dass der Vorsitzende über die Einladung zu einer zusätzlichen Ausschusssitzung entscheiden kann und eine Abstimmung daher nicht notwendig ist.

KR Spieß unterstützt den Verfahrensvorschlag des Vorsitzenden bei rechtzeitiger Einberufung der Sitzung und spricht sich für eine zeitnahe Entscheidung im Kreistag aus.

KR Restle stimmt dem zu.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass TOP 20 von der Tagesordnung abgesetzt wird und betont, dass die Behandlung der Thematik in den Gremien Ende November sowohl der Verwaltung als auch den Fraktionen ausreichend Zeit zur Vorbereitung bietet.

Darüber hinaus gibt es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Beratungsergebnis: geändert

2. **Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Zum Protokoll der Sitzung am 06.07.2017 gibt es keine Änderungswünsche.

Der Vorsitzende teilt mit, dass Frau Weeber, nach einer 10 jährigen Tätigkeit als Protokollführerin, zum 1. November 2017 in das Jugendamt wechselt und bedankt sich bei ihr für die geleistete Arbeit.

KR Restle dankt im Namen des Kreistages für das gute Miteinander und wünscht Frau Weeber alles Gute für ihre Zukunft.

Frau Weeber bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und verabschiedet sich als Schriftführerin.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten des Kulturbetriebs

3. 0143/2017

Feststellung des Jahresabschlusses 2016 des Eigenbetriebs Kultur

Beschlussentwurf:

1. Das Jahresergebnis 2016 wird in der durch das Kommunal- und Prüfungsamt des Landkreises geprüften Form festgestellt. Die Bilanzsumme beläuft sich auf 13.278.498,24 Euro
2. Der im Jahresabschluss 2016 ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 205.726,08 Euro wird mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 69.285,30 Euro verrechnet. Der Rest in Höhe von 136.440,78 Euro wird als Verlustvortrag eingestellt.
3. Der Betriebsleitung des Jahres 2016
 - Herrn Stefan Zimmermann M.A. (Betriebsteil Bauernhaus-Museum)
 - Herrn Dr. Maximilian Eiden (Betriebsteil Schloss Achberg)wird Entlastung erteilt

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

4 0137/2017

Jahresabschluss des Landkreises Ravensburg für das Haushaltsjahr 2016

Herr Baur stellt den Jahresabschluss des Landkreises Ravensburg für das Haushaltsjahr 2016 mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Dr. Rapp blickt auf die letzten zehn Jahre zurück, in denen gut gewirtschaftet worden wäre, woraus sich ein solides finanzielles Polster im Kreishaushalt ergeben hätte. Der eingeplante Überschuss wäre sogar übertroffen worden, was zeige, dass die Gemeinden im Rahmen der Kreisumlage zu viel an den Landkreis gezahlt hätten. Schon aus Gerechtigkeitsgründen sei im nächsten Jahr eine Senkung der Kreisumlage angebracht, die 1 % übertreffe.

KR Spieß fordert dazu auf, bei der Erstellung des Haushaltes für das Jahr 2018 nicht zu konservativ zu rechnen und gegebenenfalls über einen Nachtragshaushalt zu reagieren.

Beschlussentwurf:

1. Feststellungsbeschluss

Auf Grund von § 95 b Gemeindeordnung (GemO) i.V.m. § 48 Landkreisordnung (LKrO) stellt der Kreistag am 17.10.2017 den Jahresabschluss für das Jahr 2016 mit folgenden Werten fest:

		EUR
1.	Ergebnisrechnung	
1.1	Summe der ordentlichen Erträge	407.484.296
1.2	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-381.790.944
1.3	Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2)	25.693.352
1.4	Außerordentliche Erträge	234.177
1.5	Außerordentliche Aufwendungen	-606.470
1.6	Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5)	-372.292
1.7	Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6)	25.321.060
2.	Finanzrechnung	
2.1	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	401.944.211
2.2.	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-369.576.962
2.3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung (Saldo aus 2.1 und 2.2)	32.367.248
2.4	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.380.802
2.5	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-36.306.343
2.6	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5)	-34.925.541
2.7	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6)	-2.558.292
2.8	Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	4.657.251
2.9	Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-4.504.800
2.10	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9)	152.451

2.11	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus 2.7 und 2.10)	-2.405.842
2.12	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	1.285.492
2.13	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	37.213.980
2.14	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln (Saldo aus 2.11 und 2.12)	-1.120.349
2.15	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus 2.13 und 2.14)	36.093.631
3. Bilanz		
3.1	Immaterielles Vermögen	449.271
3.2	Sachvermögen	193.252.799
3.3	Finanzvermögen	163.954.216
3.4	Abgrenzungsposten	17.620.303
3.5	Nettoposition	0
3.6	Gesamtbetrag auf der Aktivseite (Summe aus 3.1 bis 3.5)	375.276.589
3.7	Basiskapital	-69.253.136
3.8	Rücklagen	-161.655.165
3.9	Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	0
3.10	Sonderposten	-63.674.953
3.11	Rückstellungen	-33.091.901
3.12	Verbindlichkeiten	-35.647.905
3.13	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	-11.953.529
3.14	Gesamtbetrag auf der Passivseite (Summe aus 3.7 bis 3.13)	-375.276.589

Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses

Stufen der Ergebnisverwendung und des Haushaltsausgleichs	Ergebnis des Haushaltsjahres		vorgetragene Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses aus dem			Rücklagen aus Überschüssen des		Basiskapital
	Sonderergebnis	Ordentliches Ergebnis	Vorjahr	zweitvorangegangenen Jahr	drittvorangegangenen Jahr	ordentlichen Ergebnisses	Sonderergebnisses	
	1	2	3	4	5	6	7	
1 Ergebnis des Haushaltsjahres bzw. Anfangsbestände	- 372.292	25.693.352	-	-	-	135.961.812	-	69.625.428
3 Zuführung eines Überschusses des ordentlichen Ergebnisses zur Rücklage aus Überschüssen des Ordentlichen Ergebnisses		25.693.352				161.655.165		
12 Verrechnung eines Fehlbetrags des Sonderergebnisses mit dem Basiskapital	- 372.292							69.253.136
15 Endbestände						161.655.165	-	69.253.136

2. Der Prüfungsbericht des Kommunal- und Prüfungsamts wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

5 0114/2017

Änderung der Beteiligungsrichtlinie

Beschlussentwurf:

Die Beteiligungsrichtlinie wird unter Ziffer IV Nr. 1.3.7 Absatz 2, ab Satz 2 wie folgt geändert:

„Im Anschluss ist der Jahresabschluss durch den von der Gesellschafterversammlung bestellten Wirtschaftsprüfer zu prüfen.

Der Auftrag an ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen zur Prüfung des Jahresabschlusses eines Beteiligungsunternehmens muss nach fünf Jahren neu ausgeschrieben werden. Den Zuschlag erhält das wirtschaftlichste Angebot. Das zentrale Beteiligungsmanagement der Landkreisverwaltung wird über die im zuständigen Gesellschaftsorgan getroffene Entscheidung informiert.“

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

6 0106-1/2017

Fortschreibung Kreisstrategie 2018

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Abstimmung entsprechend den Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu den Anlagen 1 – 13 zu dieser Beschlussvorlage erfolgt. Eine Übersicht der Beschlussempfehlungen der Ausschüsse liege in Form der als Tischvorlage verteilten „Fortschreibung Kreisstrategie Vorlage 0106-1/2017 - Beschlussempfehlungen der Ausschüsse“ vor.

Anmerkung der Schriftführung:

Die Tischvorlage „Fortschreibung Kreisstrategie Vorlage 0106-1/2017 - Beschlussempfehlungen der Ausschüsse“ ist auch in session als Anlage zu diesem TOP hinterlegt.

KR Krattenmacher gibt zu bedenken, dass die gute Haushaltslage nicht genutzt werden sollte, um übermütig zu werden. Außerdem sollten haushalts- und stellenplantechnische Fragen separat beraten werden.

Der Vorsitzende verweist auf Nr. 2 des Beschlussentwurfes, aus dem klar hervorgehe, dass die Entscheidung über die Ressourcenbereitstellung (Finanzen und Personal) im Rahmen der Verabschiedung des Kreishaushalts am 19.12.2017 falle.

KRin Pfluger betont, dass sich das Instrument Kreisstrategie über die Jahre verbessert habe. Insbesondere die Trennung der strategischen von haushaltstechnischen Aspekten habe die Möglichkeit der Fraktionen verbessert, auf die Vorschläge der Verwaltung reagieren zu können.

KR Siegfried Scharpf möchte wissen, wie mit L1 in Anlage 7, Seite 2 verfahren wird, da die Entscheidung über diesen Beschlussvorschlag im Rahmen der Vorberatung im Kultur- und Schulausschuss zurückgestellt wurde.

Der Vorsitzende informiert, dass auch die Entscheidung im Kreistag zurückgestellt wird und somit zum jetzigen Zeitpunkt kein Beschluss dazu gefasst werde.

Beschlusse Entwurf:

1. Die Fortschreibung der Kreisstrategie für das Jahr 2018 wird entsprechend den Beschlussvorschlägen der Anlagen 1 – 13 zu dieser Beschlussvorlage beschlossen.
2. Die Entscheidung über die Ressourcenbereitstellung (Finanzen und Personal) fällt im Rahmen der Verabschiedung des Kreishaushalts am 19.12.2017.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Abfallwirtschaftsamtes

7. 0064/2017

Fortschreibung Abfallwirtschaftskonzeption 2019

Herr Baur stellt die Fortschreibung Abfallwirtschaftskonzeption 2019 mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Krattenmacher beurteilt die Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzeption als insgesamt gut und zu einem moderaten Preis. Er analysiert die unterschiedlichen Leistungen und spricht sich für die Vorschläge der Verwaltung zu Grüngut, Problemstoffsammlung, Windsack und Erfassung von Leichtverpackungen unter Einbeziehung der PPK-Tonne aus. Er gibt zu bedenken, dass der zusätzliche Bürgerservice kein Freibrief für Gebührenerhöhungen sein dürfe und dass dieser zukünftig zu weniger Betrieb bei den Wertstoffhöfen führen könnte. Diese Entwicklung müsse beobachtet und die Zahl der Wertstoffhöfe gegebenenfalls reduziert werden. In diesem Zusammenhang bittet er die Verwaltung, einen Vorschlag für ein zukünftiges leistungsfähiges WertstoffhofsysteM auszuarbeiten. Dabei sollen insbesondere die Mengen- und Kostenentwicklungen sowie die Auswirkungen einer zu jedem Zeitpunkt möglichen Sperrmüllentsorgung dargestellt werden.

KR Schmidinger fordert die Verwaltung auf, den Bürgern zu kommunizieren, dass mehr Service zu höheren Gebühren führen werde. In Bezug auf die Abholung der Leichtverpackungen betont er, dass diese nach Möglichkeit von demselben Unternehmer durchgeführt werden sollte, der auch die Papiersammlung durchführt. Die Abholung der beiden Abfallfraktionen sollte zeitlich unmittelbar aufeinander folgen.

KR Sing dankt allen Beteiligten für die erfolgreiche Zusammenarbeit. Wie seine Vorredner geht er auf die unterschiedlichen Abfallfraktionen ein. Er betont, dass sich die Bevölkerung für den Erhalt der Wertstoffhöfe ausspricht und möchte wissen, inwiefern die Einrichtung von Wertstoffhöfen in ländlichen Gebieten möglich ist. Er bittet die Verwaltung, die Bürger zu informieren, dass der Beginn des neuen Abfallwirtschaftskonzeptes der 01.01.2019 ist. Weiterhin begründet er den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Müllvermeidung (*Anlage 2 zu Vorlage0064/2017*) und bittet um die Übernahme der Vorschläge im Rahmen des Abfallwirtschaftskonzeptes.

KR Buschle möchte, dass Sperrmüll auch bei den Wertstoffhöfen angeliefert werden kann. Er bittet die Verwaltung in diesem Punkt nachzuverhandeln.

KR Bindig bedankt sich, dass sowohl Kritik als auch Anregungen aus der Bevölke-

rung und der Mitte des Kreistags konstruktiv in die Konzeption eingearbeitet worden wären. Er betrachtet den Antrag der SPD Fraktion zur Problemstoffsammlung (*Anlage 1 zu Vorlage 0064/2017*) damit als umgesetzt.

Er sieht die Notwendigkeit einer guten Kommunikation gegenüber den Bürgern in Bezug auf die Funktionsweise des Systems der Erfassung von Leichtverpackungen in einem Holsystem unter Einbeziehung der PPK-Tonne.

KR S. Scharpf spricht zur Infrastruktur von Sortieranlagen und deren Entwicklung, den Kosten von Abfallwirtschaftssystemen und den Grenzen der Abfallvermeidung. Er möchte wissen, ob jeder Bürger des Landkreises Ravensburg unabhängig von seinem Wohnort alle Wertstoffhöfe des Landkreises benutzen kann, ob die Kapazitäten der derzeit vorhandenen Wertstoffhöfe ausreichen und was mit den Abfällen passiert, die bei einer Sperrmüllabholung übrig bleiben. Er kritisiert, dass acht Mindestleerungen im Jahr beim Restmüll nicht für alle Bürger gleichermaßen gerechtfertigt sind. Insbesondere ältere Menschen würden mit deutlich weniger Leerungen auskommen, müssten aber dennoch für acht Leerungen bezahlen.

Herr Baur erklärt die zeitweilige Verzögerung bei der Abfuhr von Sperrmüll nach Terminanfrage der Bürger. Nach ersten Großmengen werde in naher Zukunft Entspannung durch gleichmäßigere Anfragen erwartet. Abfälle, die nach einer Sperrmüllabholung übrig blieben, würden vom Bauhof der entsprechenden Gemeinde entsorgt. Im Hinblick auf immer häufigere Meldungen der Gemeinden in Bezug auf wilden Müll seien acht Leerungen beim Restmüll durchaus gerechtfertigt. Wer weniger benötige, könne im Rahmen einer Müllgemeinschaft Gebühren sparen. Weiterhin erklärt er, dass jeder Bürger des Landkreises Ravensburg alle Wertstoffhöfe des Landkreises benutzen könne und erläutert auf Wunsch von KR S. Scharpf die Einzelheiten von Wertstoffhofkonzepten. Er betont, dass die Gebühren für Abfall zwar derzeit stabil seien, es sich aber um eine Unterdeckung handele, die durch Rücklagen derzeit gut zu verkraften sei. Wenn diese jedoch aufgebraucht seien, müsse ein neues Gebührenmodell berechnet werden.

KR Dr. Schad beurteilt die Konzeption als insgesamt zustimmungswürdig. Er möchte aber explizit darauf hinweisen, dass das Angebot eines „Rundum-sorglos-Paketes“ mit einer Kombination aus Hol- und Bringsystem der Abfallvermeidung entgegenwirke.

KR Magenreuter betont, dass die Gebühren nach Aufbrauchen der Rücklagen kostendeckend festgesetzt werden sollten.

Herr Baur sichert kostendeckende Gebühren nach Aufbrauchen der Rücklagen zu und betont im Hinblick auf das Anliegen von KR Sing, dass im Rahmen der Erstellung der Vorlage für das Abfallwirtschaftskonzept der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.06.2017 zur Abfallvermeidung (*Anlage 2 zu 0064/2017*) bearbeitet werde und entsprechende Aspekte aufgenommen würden.

Beschlussentwurf:

1. Sperrmüll

Es bleibt beim Status quo mit einer Sperrmüllsammlung pro Jahr auf Abruf (siehe Anlage 3 Abfallwirtschaftssatzung § 16, § 24 Abs. 2 und § 25 Abs. 7).

Jeder Gebührenschuldner mit einem Zweiradbehälter erhält eine Sperrmüllkarte, Großwohnanlagen mit 1.100 l Behältern erhalten je zehn Sperrmüllkarten. Die Kosten der Sperrmüllkarte sind in der Jahresgebühr für Restabfall enthalten.

2. Grüngut:

Kostenlose Annahme von Grüngut an den Abgabestellen in haushaltsüblichen Mengen (Abschaffung der Grüngutkarte).

Änderung des § 25 Abs. 2 S. 3 der Abfallwirtschaftssatzung (siehe Anlage 3):

„Für die Anlieferung von Grünabfällen (§ 5 Abs. 7) aus privaten Haushaltungen in haushaltsüblichen Mengen wird keine Gebühr erhoben.“

3. Problemstoffsammlung:

Zur kurzfristigen Verbesserung des Bürgerservice wird im Jahr 2018 die mobile Sammlung auf zwei Sammelsequenzen im Frühjahr und Herbst aufgeteilt.

Im Frühjahr 2018 wird dem Ausschuss für Umwelt und Technik das weitere Problemstoffsammelkonzept für die Jahre 2019 / 2020 zum Beschluss vorgelegt.

4. Windelsack:

Beibehaltung des zum 01.01.2016 eingeführten Systems und der Servicekarte für Inkontinenzprodukte (§ 14 Abs. 9 Abfallwirtschaftssatzung, Anlage 3)

5. Wertstoffhofkonzept:

Beibehaltung der bisherigen Wertstoffhöfe

Über die Wertstoffhöfe soll im Kombinationsmodell der LVP-Erfassung im Bringsystem erfolgen.

6. Erfassung der Leichtverpackungen:

Umstieg von einem reinen Bringsystem in ein Kombinationsmodell von Hol- und Bringsystem. Das Holsystem soll unter Einbeziehung der PPK-Tonne erfolgen.

7. Abfallvermeidungsmaßnahmen:

Die Verwaltung wird beauftragt für folgende Abfallvermeidungsmaßnahme konkrete Umsetzungskonzepte zu erarbeiten:

- Mehrweg-Vesperdosen für Vollzeitschüler/innen an kreiseigenen Schulen
- Müllvermeidungsstrategien bei landkreiseigenen Veranstaltungen
- Initiierung von Müllvermeidungsprojekten und deren Förderung durch Wettbewerbsprämien.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

8. 0067/2017

Systembeschreibung "Duale Systeme" 2019-2021

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, mit dem im Herbst 2017 zuständigen zugelosten „Dualen System“ über eine Abstimmungsvereinbarung zu verhandeln. Inhalt der Verhandlungen soll sein, dass die Erfassung der Leichtverpackungen ab dem Jahr 2019 in einem Kombinationssystem aus Hol- und Bringsystem erfolgt. Das Verhandlungsergebnis ist dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

9. 0027/2017

K 7905 / K7910, Bahnübergangsbeseitigung bei Herrot – Baubeschluss

Beschlussentwurf:

Die Beseitigung der schienengleichen Bahnübergänge der Kreisstraßen 7905 und 7910 durch den Bau eines Überführungsbauwerks und der erforderlichen Anschlüsse sowie der Rückbau der alten Bahnübergänge wird zur Ausführung freigegeben.

Die Verwaltung wird ermächtigt, unverzüglich nach der Beschlussfassung des Kreistages über den Haushalt 2018 die Baumaßnahmen öffentlich auszu-schreiben, und in eigener Zuständigkeit zu vergeben, sobald die Zusage des Landes über die Förderung nach dem LGVFG vorliegt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

10. 0119/2017

Verlängerung des Betriebsmittelkredits der Oberschwabenklinik gGmbH

Beschlussentwurf:

Der Betriebsmittelkredit wird für den Zeitraum bis zum 31.12.2018 mit einem Höchstbetrag von 12 Mio. € verlängert.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

11. 0140/2017

Oberschwabenklinik gGmbH - Übernahme einer Bürgschaft zur Insolvenzsicherung für Altersteilzeitguthaben

Beschlussentwurf:

Der Landkreis Ravensburg übernimmt zur Insolvenzabsicherung neuer Altersteilzeitfälle ab dem 01.07.2017 gegenüber der Oberschwabenklinik gGmbH eine Bürgschaft in Höhe von 300.000 €.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

12. 0126/2017

Oberschwabenklinik gGmbH - Unterbringung der Verwaltung

Beschlussentwurf:

Der Umbau der Flächen zur interimistischen Unterbringung der Verwaltung der Oberschwabenklinik gGmbH in den Räumen der ehemaligen Kinderklinik, Nikolausstraße 10 in Ravensburg, wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen zu den aufgezeigten Maßnahmen voranzutreiben sowie die Bauleistungen in eigener Zuständigkeit im Rahmen des Projektbudgets in Höhe von 1,4 Mio. € - vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch den Wirtschaftsplan 2018 - auszuschreiben, zu beauftragen und die Baumaßnahmen umzusetzen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

13. 0123/2017

Westallgäu-Klinikum, Wangen - Einbau eines Magnetresonanztomographie (MRT) Gerätes

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Einbau eines MRT (Magnetresonanztomografie-Gerätes) im Westallgäu Klinikum, Wangen, wie vorgestellt zu realisieren. Dazu wird sie ermächtigt, die Planungen zu den aufgezeigten Maßnahmen voranzutreiben sowie die Bauleistungen in eigener Zuständigkeit im Rahmen des Projektbudgets in Höhe 1,074 Mio. €, in eigener Zuständigkeit, zu vergeben und umzusetzen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

14. 0125/2017

St. Elisabethen-Klinikum, Ravensburg - Kostenbericht 2. Bauabschnitt

Herr Meßmer und Herr Grünenwald stellen den Kosten- und Terminbericht mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

Beschlussentwurf:

Die Anpassung der Projektinhalte

- a) Verzicht auf den Umbau des Bauteil F zu Verwaltungsnutzung und
- b) Anpassung Liegenezufahrt an das Höhenniveau der Neubauten

wird freigegeben.

Das Projektbudget wird nach Anpassung aus Fortschreibung der Kostenprognose und nach Anpassung der Projektinhalte auf 121.600.000 € neu festgesetzt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten der Stabstelle Sozialplanung

15. 0150/2017

Konzeption zur Versorgung Drogenabhängiger (bisher Kontaktladen)

KR Engler gibt zu bedenken, dass noch kein Beschluss der Stadt Ravensburg vorliegt, freut sich aber über den erreichten Kompromiss und dankt der SPD für die gute

Zusammenarbeit.

KR Spangenberg bedankt sich ebenfalls für die gute Zusammenarbeit und sieht den Kontaktladen als Aufgabe, welche von der Gesellschaft ernst genommen werden sollte.

KRin Müller stimmt dem zu.

Modifizierter Beschlussentwurf des Ausschusses (mit redaktioneller Änderung):

~~Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:~~

1. Das Versorgungsangebot für Konsumenten illegaler Drogen (bisher Kontaktladen „Die Insel“) soll für zunächst fünf Jahre fortgeführt werden.
2. Der Neukonzeption zur Versorgung von Drogenabhängigen (**Anlage 1**) wird vorbehaltlich einer Landesförderung der Personalstellen mit folgenden Maßgaben zugestimmt:
 - a) Die Stadt Ravensburg sichert die Immobilie in der Rosmarinstraße 7 in Ravensburg und stellt diese für den weiteren Betrieb des Kontaktladens zur Verfügung.
 - b) Mit dem Betrieb des Kontaktladens wird ein freier Träger beauftragt. Hierzu wird eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt.
 - ~~c) Innerhalb von drei Jahren wird der Anteil der Kostenbeteiligung der Stadt Ravensburg neu verhandelt und das Angebot evaluiert.~~
 - d) Die Verwaltung tritt an weitere Städte und Gemeinden wegen einer finanziellen Beteiligung heran.
 - e) Die Verwaltung unterstützt die Initiierung eines Fördervereins zur Unterstützung des Kontaktladens.
3. Für die Umsetzung des Angebots werden in den Haushaltsjahren 2018 ff. jeweils 65.000 € bereitgestellt.

Die Bewilligung der Finanzmittel erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die erforderlichen Ressourcen im Kreishaushalt für das Jahr 2018 tatsächlich bereitgestellt werden.

Beratungsergebnis: einstimmig modifiziert beschlossen

Mitgliedschaften in Ausschüssen und Gremien

16. 0157/2017

Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses - Bestellung von Frau Amelie Widenhorn als beratendes Mitglied zur Nachfolgerin von Frau Eder-Quintana und Bestellung von Herrn Philipp Groll als ihren Stellvertreter

Beschlussentwurf:

Frau Amelie Widenhorn, Katholisches Jugendreferat, BDKJ Dekanatsstelle Allgäu-Oberschwaben, wird zum beratenden Mitglied im Jugendhilfeausschuss bestellt.

Herr Philipp Groll, Katholisches Jugendreferat, BDKJ Dekanatsstelle Allgäu-Oberschwaben, wird zum stellvertretenden beratenden Mitglied im Jugendhilfeausschuss bestellt.

Im Übrigen bleibt die Besetzung des Jugendhilfeausschusses und der weiteren Ausschüsse von diesen Änderungen unberührt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Mitteilungsvorlagen

17. **Geschäftsbericht der Kreissparkasse Ravensburg für 2016**

Gast: Herr Heinz Pumpmeier, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Ravensburg

Herr Pumpmeier stellt den Geschäftsbericht der Kreissparkasse Ravensburg für das Jahr 2016 mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Restle bedankt sich bei Vorstand und Mitarbeitern der Kreissparkasse Ravensburg und lobt das trotz Niedrigzinsphase „beachtliche“ Ergebnis.

KR Spieß schließt sich dem Lob an und erkundigt sich nach einer Einschätzung zur Zinsentwicklung der nächsten Jahre.

KRin Gebhardt möchte wissen, ob bei der Schließung von Filialen ersatzweise Geldautomaten aufgestellt werden. Außerdem fragt sie, wie viele Bewerbungen bei der Kreissparkasse Ravensburg auf einen Ausbildungsplatz kommen.

KR Dr. Walz kritisiert die Filialstruktur und stellt fest, dass insbesondere auf dem Land die Möglichkeit der Bargeldabhebung nicht mehr ausreichend gegeben ist.

Herr Pumpmeier antwortet, dass es in den meisten Fällen gelungen sei, Filialen durch Geldautomaten zu ersetzen und dadurch eine angemessene Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Man könne nicht allen Wünschen gerecht werden. Auf die Frage von KRin Gebhardt antwortet er, dass sich aktuell zwei Personen auf einen Ausbildungsplatz bewerben. Seine Antwort auf die Einschätzung zur Zinsentwicklung der nächsten Jahre möchte er als persönliche Meinung gewertet wissen und prognostiziert, dass die Niedrigzinspolitik in der EU weiterhin bestehen bleiben werde, um die europäische Konjunktur anzukurbeln.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

18. 0160/2017

Ausbringung von zerkleinertem Plastikmüll auf Feldern - Antrag der ÖDP-Fraktion vom 18.09.2017

KR Scharpf begründet seinen Antrag.

Herr Baur erläutert, dass die Umsetzung der Düngemittel-Verordnung nicht im Zuständigkeitsbereich des Landkreises Ravensburg liege. Dort wo der Landkreis zuständig sei, trage er Verantwortung. So werde beispielsweise sichergestellt, dass in der Biomülltonne keine Kunststoffe entsorgt werden dürften.

KR Scharpf möchte wissen, warum es möglich ist, mit dem Land Baden-Württemberg zum Thema Flüchtlingskrise zu verhandeln, nicht aber über das Thema seines Antrags.

Herr Baur erklärt, dass es sich bei den im Antrag genannten Abfällen um Gewerbeabfälle handele, für die der Landkreis nicht zuständig sei.

Herr Sieger informiert, dass es im Landkreis Ravensburg vier entsprechende Biogasanlagen gebe, die unterschiedliche Abfälle behandeln. Drei davon wären bereits genehmigt und bei einer laufe das Genehmigungsverfahren. Persönlich verstehe er die Problematik, da es sich aber um Bundesrecht handele, könne der Landkreis als Genehmigungsbehörde keine Genehmigungen für Biogasanlagen aus den im Antrag genannten Gründen versagen.

KR Westermayer stellt klar, dass Plastikmüll nicht auf die Felder gehöre. Allerdings dürfe die Kritik an den Betreibern der Biogasanlagen nicht pauschalisiert werden. Er schlägt vor, dass der Antrag in den Ausschuss für Umwelt und Technik verwiesen wird und dass die Verwaltung in diesem Zusammenhang berichtet, wie viele Biogasanlagen es im Landkreis Ravensburg gibt und was in diesen verarbeitet wird. Außerdem solle die Verwaltung an die Landwirte kommunizieren, dass kein zerkleinerter Plastikmüll auf Feldern ausgebracht werden solle.

KR Sing beschreibt die Rahmenbedingungen bei der Entsorgung von Krankenhausabfällen.

Antrag zur Geschäftsordnung von KR Westermayer:

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

19. Mitteilungen und Anfragen

Inklusionskonferenz

Fr Raedler teilt mit, dass am 18.10.2017 die dritte Inklusionskonferenz stattfindet und würde sich über Teilnahme freuen.

KRin Dr. Brehm möchte wissen, ob die Inklusionskonferenz weitergeführt wird.

Der Vorsitzende erläutert, dass die Verwaltung keine Weiterführung der Konferenz eingeplant habe, weil der Schwerpunkt nun auf der Umsetzung der im Rahmen der Inklusionskonferenz erreichten Ergebnisse liegen solle.

Kreistag am 17.10.2017:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten der Ersten Landesbeamtin

20. 0154/2017

Gründung einer Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH;

Gast: Herr Verbandsdirektor Wilfried Franke, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

Beschlussentwurf:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, zusammen mit (möglichst) den Landkreisen Sigmaringen und Bodenseekreis sowie dem Regionalverband Bodensee-Oberschwaben und der Landsiedlung Baden-Württemberg die „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“ oder eine vergleichbare öffentlich-rechtliche Organisationsform zu den beschriebenen Randbedingungen zu gründen und einen entsprechenden Gesellschaftsvertrag abzuschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, insbesondere mit der Stadt Bad Waldsee Verhandlungen über eine finanzielle Beteiligung zu führen.
3. Die Bewilligung der Finanzmittel erfolgt unter dem Vorbehalt, dass über die Höhe der Bereitstellung von Finanzmitteln für die nicht fixe (und zugleich größte) Kostenposition „externe Planungskosten“ in den nächsten zehn Jahren mit den jeweiligen Kreishaushalten entschieden wird.
4. Die Maßnahme wird als neues Handlungsfeld in die Kreisstrategie aufgenommen.

Beratungsergebnis: abgesetzt

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

21. 0138/2017

Oberschwabenklinik gGmbH - Anpassung der Finanzierungsvereinbarung

Beschlussentwurf:

Dem Abschluss der vorliegenden aktualisierten Finanzierungsvereinbarung wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

22. 0127/2017

Hohenegg, ehem. Kreisjugendheim: Annahme eines Kaufangebots

Beschlussentwurf:

Der Veräußerung des Kreisjugendheim in Hohenegg 6 mit Freifläche und Landwirtschaftsfläche an x* und y* wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

* Die Namen werden aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht genannt.

Z. B.

Vorsitzender

Vorsitz

Landrat Harald Sievers

Stellvertr.

Schriftführerin

Selina Nußbaumer

Kreisräte

Volker Restle

Rudolf Bindig